

«Kriegsähnliche Szenen» in Zentralalgerien

Staatschef Abdelaziz Bouteflika schickt Soldaten in die Region Ghardaia

Ein seit langem schwelender Konflikt zwischen Arabern und Berbern in Ghardaia hat sich derart zugespitzt, dass Algeriens Präsident die Armee aufbieten musste. Nun herrscht dort eine prekäre Ruhe.

Beat Stauffer

Die rund 600 Kilometer südlich von Algier gelegene Region Ghardaia, der sogenannte Mzab, war früher eine der bedeutendsten touristischen Sehenswürdigkeiten Algeriens. Die fünf Städte mit dem Zentrum Ghardaia gehören zum Unesco-Weltkulturerbe und faszinieren mit ihrer einzigartigen Architektur seit je fremde Besucher und Künstler wie etwa Le Corbusier.

Doch Touristen lassen sich seit den Jahren des Terrors in Ghardaia kaum mehr blicken. Stattdessen macht der Mzab seit rund anderthalb Jahren negative Schlagzeilen. Im Dezember 2013 kam es zwischen berberischen Mozabiten und ihren arabischsprachigen Nachbarn, den Khaanba, zu blutigen Zusammenstößen, die von algerischen Medien als «kriegsähnliche Szenen» beschrieben wurden. Rund ein Jahr später flammte der Konflikt erneut auf. Dabei wurden sieben Personen getötet und Hunderte verletzt sowie mehrere Friedhöfe und Mausoleen verwüstet.

Konfessionelle Gegensätze

Anfang Juli eskalierte der Konflikt erneut. Junge Männer gingen mit Messern und Schusswaffen aufeinander los, es kam zu Plünderungen und Zerstörung von Geschäften und Wohnhäusern. Mit



Algerische Sicherheitskräfte wachen über die Wüstenstadt Ghardaia.

ANIS BELGHOUIL / AP

insgesamt 22 Toten war dies der schlimmste Zusammenstoss zwischen den beiden verfeindeten Gemeinschaften in der Region Mzab seit der Unabhängigkeit des Landes. Nun sah sich die algerische Regierung zu hartem Durchgreifen veranlasst. Am 8. Juli wurde an einem Krisentreffen zwischen Präsident Abdelaziz Bouteflika, dem Premierminister und dem Chef des Generalstabs der Armee entschieden, Armeeeinheiten in die Region zu entsenden, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Gleichzeitig erliessen die Behörden eine teilweise Ausgangssperre und drohten den Unruhestiftern mit harter Bestrafung. Seither herrscht im Mzab eine prekäre Ruhe.

Der Konflikt zwischen den berberischen Mozabiten und den arabischsprachigen Khaanba ist komplex. Denn die Mozabiten, so erläutert Riadh Sidaoui, ein in Genf lebender Politikwissenschaftler, unterscheiden sich von ihren Nachbarn nicht nur durch ihre berberische Kultur und Sprache, sondern auch

durch ihre religiöse Ausrichtung. Sie gehören zu den Ibaditen, welche als eine Art dritter Ausrichtung des Islam neben den Sunniten und den Schiiten gelten. Ibaditen gibt es auch im tunesischen Djerba und in Oman. Die arabischsprachigen Bewohner des Mzab gehören hingegen der sunnitisch-malekitischen Ausrichtung des Islam an wie die allermeisten Algerier. Es handelt sich also um einen Konflikt, der sowohl ethnischer wie konfessioneller Natur ist.

«Tiefsitzendes Malaise»

Dieser Umstand allein mag allerdings die Eskalation dieses Konflikts in den vergangenen anderthalb Jahren nicht zu erklären. Für Riadh Sidaoui haben zwei Faktoren als Brandbeschleuniger gewirkt. Zum einen erkennt er «eine neue Generation wahhabitischer junger Sunniten», welche alle Minderheiten als Abtrünnige betrachten. In den Augen dieser Adepten handelt es sich bei den Mozabiten um Ketzer, die es zu be-

kämpfen gilt. Zum andern weist Sidaoui darauf hin, dass bei diesem Konflikt wirtschaftliche Interessensgegensätze zwischen den als fleissig und wohlhabend geltenden mozabitischen Händlern und den teilweise marginalisierten Khaanba eine Rolle spielen.

In algerischen Medien sind die blutigen Unruhen von Ghardaia mit grosser Beunruhigung zur Kenntnis genommen worden. Während die meisten Beobachter eine «um sich greifende Kultur der Gewalt» und ein «tiefsitzendes Malaise» unter den jungen Algeriern diagnostizieren, sehen andere gar den nationalen Zusammenhalt in Gefahr. Louisa Hanoune, die kämpferische Chefin der algerischen Arbeiterpartei (PT), sieht in den Zusammenstößen einen Warnschuss für die Regierung. Das Land sei in Gefahr, erklärte sie kürzlich gegenüber der Zeitung «Al Watan», und die Regierung trage, etwa durch das Gewährenlassen von extremistischen Imamen, die Verantwortung für die tragischen Ereignisse.



500 Kilometer NZZ-INFOGRAFIK / cks

Riesiges Ölleck in Kanada

Für Ureinwohner besonders fatal

Fünf Millionen Liter Erdöl sind aus einer Ölpipeline in der Provinz Alberta ausgetreten. Die Betreiberfirma rätselt, wieso das Leck lange unentdeckt blieb.

Jörg Michel, Edmonton

Ein Arbeiter an einer kanadischen Ölpipeline hat vergangene Woche eine undichte Stelle an einer Leitung entdeckt. Mit mehr als fünf Millionen ausgetretenen Litern ist das so bekannt gewordene Ölleck eines der grössten, die es in Kanada je gegeben hat. Betroffen ist ein sumpfiges Gebiet in der Provinz Alberta in einer Grösse von etwa 16 000 Quadratmetern rund um die Ölförderanlage «Long Lake». Diese gehört dem chinesischen Konzern Nexen Energy und befindet sich im Zentrum der kanadischen Ölsand-Industrie Athabasca.

Versagen der Betreiberfirma

Der kanadische Nexen-Chef Ron Bailey entschuldigte sich für den Vorfall. Der Konzern hatte das Leck in der doppelwändig gebauten Pipeline aufgrund einer technischen Panne lange selbst nicht entdeckt und kann bis heute nicht erklären, wie es dazu kommen konnte. Mittlerweile wurde die betroffene Leitung geschlossen.

Die kanadische Aufsichtsbehörde sprach von einem «grossen Versagen». Die Anlage liegt etwa 15 Kilometer südöstlich der Stadt Fort Mc Murray und einer Siedlung der Cree-Ureinwohner. Für diese stellen die Fisch- und Jagdgründe der Region ihre Lebensgrundlage dar; entsprechend ist für sie das Ölleck besonders fatal. Der Häuptling



500 Kilometer NZZ-INFOGRAFIK / lea

vom Stamm der Cree-Ureinwohner, Robert Cree, sagte gegenüber dem kanadischen Fernsehsender CTV, der Anblick des Schadens mache ihn krank.

Folgen noch nicht absehbar

Um die Ölpest einzudämmen, hat der Konzern am Wochenende Spezialisten zum Unfallort entsandt und eigens eine Strasse in die entlegene Region bauen lassen. Mit Maschinen soll das aus der Pipeline entwichene Gemisch aus ölhaltigem Bitumen, Sand und Abwasser aus den Sümpfen abgepumpt werden. Die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Bewohner sind noch unklar. Die Regierung der Provinz Alberta hat eine umfassende Untersuchung zugesagt. Es sei jedoch unmöglich, alle entwichenen Schadstoffe aus den Sümpfen zu entfernen, sagte ein Sprecher der Chipewyan-Ureinwohner. Die Unfallstelle liege nahe einem Fluss, und es bestehe die Gefahr, dass Schadstoffe in das fischreiche Athabasca-Delta gelangten.

Der Unfall wirft erneut einen Schatten auf die kanadische Ölsand-Industrie, die wegen ihrer Umwelt- und Klimabilanz schon seit Jahren einen schlechten Ruf hat. Vor vier Jahren waren aus einer Pipeline in der Nähe von Little Buffalo etwa 4,5 Millionen Liter Rohöl ausgeströmt und zerstörten drei Hektaren Land. Im Mai 2012 waren es nahe Rainbow Lake 3,5 Millionen Liter Erdöl, die durch ein Leck in die Natur flossen. Der jüngste Vorfall dürfte auch die Debatte über den Bau neuer Ölpipelines beeinflussen. Die Regierung sowie die Industrie wollen mehrere neue Leitungen von den Ölsand-Gezeiten an die Pazifikküste, den Golf von Mexiko und den Atlantik bauen.

Sisyphusarbeit auf dem Balkan

Das Treffen der bosnischen und serbischen Staatsoberhäupter kittet die belasteten Beziehungen nur notdürftig

Nach dem Spiessrutenlauf des serbischen Ministerpräsidenten in Srebrenica hat der Besuch der bosnischen Staatsführung in Belgrad die Atmosphäre zwischen den Ländern etwas entspannt. Insgesamt kommt der regionale Ausgleich nur mühsam voran.

Andreas Ernst, Belgrad

Jetzt beginne ein neues Kapitel der gemeinsamen Zukunft Bosniens und Serbiens, sagte am Mittwoch der serbische Regierungschef Aleksandar Vucic in Belgrad. In corpore war die dreiköpfige bosnische Präsidentschaft aus Sarajevo angereist, um die angespannten Beziehungen wieder ins Lot zu bringen. Vucic war am 11. Juli bei der Feier zum Gedenken an die Massaker in Srebrenica von einem Mob mit Steinen beworfen worden und hatte die Zeremonie fluchtartig verlassen müssen. Das sei nun vergessen, sagte er. Laut Medienberichten wurden vier Rädelsführer in Nordbosnien von der Polizei verhaftet.

Belasteter Stabilitätsanker

Die Regierungschefs beschlossen, im September eine gemeinsame Sitzung

ihrer Kabinette abzuhalten. Später spazierten sie gemeinsam durch die Fussgängerzone der Knez Mihailova und setzten sich – schwer bewacht – in ein Gartenrestaurant.

Bosniens Staatlichkeit ist zwanzig Jahre nach dem Krieg weiterhin schwach. Die beiden Landesteile – die Föderation Bosnien und Herzegowina sowie die Republika Srpska – kooperieren kaum und stagnieren sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Mehr als alle anderen Staaten, die aus der jugoslawischen Erbmasse hervorgingen, ist das geteilte Land auf die Akzeptanz und Unterstützung seiner wichtigsten Nachbarn Serbien und Kroatien angewiesen; stärker als von innen wird es von aussen zusammengehalten. Vucic, dessen erste Reise nach Sarajevo führte, betont immer wieder, die Stabilität Bosniens liege ihm am Herzen. In der Tat piff er vor kurzem Milorad Dodik, den Präsidenten des serbischen Landesteils, zurück, nachdem dieser mit einem Referendum die Jurisdiktion des Zentralstaates infrage gestellt hatte.

Es gibt keinen Grund, an Vucics Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarn zu zweifeln. In Absprache mit Berlin – Vucic sieht sich in einer «special relationship» mit der Kanzlerin – versucht sich der serbische Ministerpräsident in der Rolle

eines Ankers der regionalen Stabilität. Berlin ist seit einigen Jahren zum bestimmenden Faktor für den regionalen Ausgleich auf dem Westbalkan geworden und gibt dabei Serbien eine Schlüsselfunktion. Ob sich Vucic wirklich für die Rolle als Versöhner eignet, ist aber zweifelhaft. Seine Vergangenheit steht ihm immer wieder im Weg, obwohl er sich vom aggressiven Nationalismus der 1990er Jahre und von der leicht abgemil-



Aleksandar Vucic
Serbischer Regierungschef

deten Variante, die er bis 2008 verfocht, klar distanziert hat.

Allerdings werfen ihm die Politiker der Nachbarländer bei jeder Gelegenheit seine ehemalige Rolle als Einpeitscher des Gross-Serbentums vor. Die Nachbarn reiten auch deshalb gern darauf herum, weil sie selber gut von der Bewirtschaftung nationaler Ressentiments leben, die in der ganzen Region ein beliebtes Mittel der politi-

schen Klasse ist, um an der Macht zu bleiben. Auch Vucic beherrscht diese Technik. Allerdings teilt er nicht selber aus, sondern überlässt die Schmutzarbeit der willfährigen Boulevardpresse in Serbien.

Regionale Empfindlichkeiten

Generell sehen die regionalen Beziehungen eher wieder schlechter aus als vor ein paar Jahren. Das betrifft nicht die Alltagsebene von Wirtschaft, Kultur oder Tourismus, wo weiterhin ein reger Austausch herrscht. Die Klimaverschlechterung beschränkt sich vielmehr auf die zwischenstaatlichen Beziehungen und den politischen Diskurs der Eliten, die langfristig allerdings auch das Klima im Alltag vergiften können.

So streiten sich Belgrad und Zagreb zurzeit über eine Militärparade, mit der Kroatien die Rückeroberung der Krajina feiert, bei der 1995 ein grosser Teil der serbischen Zivilbevölkerung floh. Slowenien und Kroatien liegen sich wegen Grenzstreitigkeiten im Golf von Piran in den Haaren – haben die Entscheidung allerdings einem Schiedsgericht überlassen. Und zum Ärger Belgrads weigert sich Kosovo standhaft, ein Sondergericht einzusetzen, das die Verbrechen der UCK nach dem Ende des Krieges untersuchen soll.